

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstage 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verschiebung der Reichstagsitzung.

Differenzen zwischen den Koalitionsparteien.

Heute vormittag um 10 Uhr begann eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien, zu der auch der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der Abg. Lecht, erschienen war. Die Besprechung dauerte bis gegen 1 Uhr. Es drehte sich um das Programm, das der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Reichstages vertreten soll. Dabei ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen, insbesondere über Bayern und die sozialpolitische Lage überhaupt. Bei den verschiedenen Fraktionen bestehen auch verschiedene Meinungen darüber, auf welche Gebiete das geplante Ermächtigungsgesetz für die Regierung auszudehnen ist, und unter welchen Voraussetzungen es angenommen werden könnte.

Infolge dieser Meinungsverschiedenheiten wurde es notwendig, den Fraktionen zu ihren Beratungen am heutigen Nachmittag längere Zeit zu gewähren, so daß die Plenarsitzung erst in sehr später Abendstunde — man spricht von 9 Uhr abends — beginnen dürfte.

Die Express-Korrespondenz meldet dazu:

Die Besprechungen, die heute um 10 Uhr zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern stattgefunden haben, mit dem Zweck, eine Klärung der Lage herbeizuführen, haben zu dieser Klärung nicht geführt. Es gewinnt vielmehr den Anschein, als ob eine Verschärfung der bisher ungewissen Situation eingetreten ist. Diese Verschärfung ist herbeigeführt durch die Haltung der Deutschen Volkspartei, deren Führer eine Reihe von Forderungen aufgestellt hat, die, wenn sie aufrechterhalten werden, unweigerlich zur offenen Krise führen müssen. Der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Scholz, hat nämlich die Forderung aufgestellt, daß erstens die Regierung unter Hinzuziehung der Deutschnationalen nach rechts erweitert wird und daß zweitens die Regierung in Gemäßheit dieses Beschlusses umgewandelt wird und daß, wenn dieses nicht geschehe, die Deutsche Volkspartei dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde. Die Reichstagsitzung ist unter dem Eindruck dieser Vorgänge auf heute abend 9 Uhr verschoben worden. Es ist jedoch fraglich, ob es überhaupt zu dieser Sitzung des Reichstages noch kommt.

Ende des Küsterner Putsches.

Die Aufständischen entwaffnet.

Umflücht wird mitgeteilt:

Das Küsterner Abenteuer hat ein schnelles Ende gefunden. Ein Einsatz der nach Küstern herangezogenen militärischen Verstärkungen war nur in geringem Umfang nötig. Die Aufständischen in einer Gesamstärke von circa 400 Mann unter einem Duzend Rädelsführer sind restlos gefangen und entwaffnet worden. Bei der Säuberung der Umgebung von Küstern ist noch eine Bande von etwa 30 Köpfen ausgehoben worden. Das Feuergefecht am gestrigen Abend brachte auf Seiten der Aufständischen einen Toten und einige Schwer- und Leichtverwundete. Die Truppe hat keine Verluste zu beklagen. Die nach Küstern herangezogenen auswärtsigen Truppenteile werden heute in ihre Standorte zurückkehren.

Die vom Reichswehrminister verfügte Zensur über Unruhenachrichten aus dem unbesetzten Gebiet hindert uns daran, diese antiäthetische Darstellung durch eigene Schilderung der Küsterner Vorgänge zu ergänzen, trotzdem eine solche Ergänzung dringend notwendig wäre. Wir können für heute nur betonen, daß nach unseren eigenen und genaueren Informationen allerdings die in Küstern stationierten Reichswehrtruppen sich absolut zuverlässig erwiesen und den Anweisungen und Befehlen der Regierung unbedingt Folge geleistet haben. Trotzdem bleibt aber über die Ursachen dieses Putschversuchs, über die national-kommunistischen (!) Haufen noch verschiedenes zu sagen. Wir müssen uns vorbehalten, nach Abänderung der Zensurerfügung des Reichswehrministers auf diese Dinge zurückzukommen, über die auf die Dauer nach unserer Ueberzeugung nicht geschwiegen werden kann.

Die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September sieht zur Aburteilung der unter dem Ausnahmezustand begangenen Straftaten gegen die Sicherheit des Reiches außerordentliche Gerichte vor. Die an dem Küsterner Putsch beteiligten Mitglieder der Stahlhelm-Bünde werden sich deshalb vor einem außerordentlichen Gericht zu verantworten haben. Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erfährt, hat der Reichspräsident bereits eine entsprechende Verordnung erlassen, die heute noch im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht werden wird. Sie ordnet die sofortige Einrichtung eines Sondergerichtes in Rottbus an, das ausschließlich aus Zivilrichtern zusammengesetzt ist. Es handelt sich um Gerichte ähnlicher Art, wie die anfänglich des mitteldeutschen Aufstandes eingesetzten Standgerichte.

Für die Küsterner Putschistenführer dürfte in erster Linie der § 5 Abs. 2 der Ausnahmeverordnung in Frage kommen. Dieser Absatz sieht für Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen Todesstrafe vor, wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat. Für das Gros der Putschisten dürfte die Anwendung des § 4 Abs. 2 notwendig sein. Dieser Paragraph lautet: Wer durch Zuwiderhandlung eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod

eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Regierungseintritt der Kommunisten?

Verhandlungen in Sachsen.

Der Landesarbeitsausschuh und die Landtagsfraktion nahm am Montag, den 1. Oktober, zu dem neuesten Angebot der SPD. in bezug auf die Regierungsumbildung Stellung. In beiden Körperschaften bestand völlige Einmütigkeit darin, die SPD. in die Regierung hinzuzunehmen, um so mehr, als dieses Angebot von uns bereits wiederholt an die SPD. gerichtet worden ist. Die Voraussetzung für diese an sich erwünschte Mitarbeit muß die Anerkennung der Verfassung sein. Es wurde ein Ausschuh eingesezt, der die Bedingungen unserer Partei gegenüber dem kommunistischen Verlangen feststellen soll.

Dresden, 2. Oktober. (M.B.) Einige Blätter bringen die Meldung, daß die sächsische Regierung auf die Ernennung des Innenministers Liebmann zum Zivilkommissar verzichtet und den Ministerialdirektor Freund für diese Aufgabe vorgeschlagen habe. Die Meldung wird für unrichtig erklärt. Die sächsische Regierung lasse die Forderung nicht fallen, daß ein Mitglied der Regierung zum Zivilkommissar ernannt werden soll.

Worauf Frankreich wartet.

Paris, 2. Oktober. (E.P.) Der „Pest Parisien“ schreibt, daß die Erklärungen, die Herr v. Malchahn dem französischen Botschafter in Berlin über die Einstellung des passiven Widerstandes abgegeben habe, Frankreich nicht genügen. Die bloße Behauptung, daß Deutschland alle Widerstandsverfügungen zurückgezogen habe, habe die Zweifel, daß tatsächlich noch Läden bestehen, nicht zerstreut. Die deutsche Regierung besitze ein einfaches Mittel, um zu beweisen, daß v. Malchahn die Wahrheit gesagt habe, nämlich die Aufhebung der Widerstandsverordnungen zu vervollständigen und darüber zu wachen, daß die Aufhebung auch tatsächlich durchgeführt werde. Sobald die angekündigte Absicht zu Taten geführt habe, seien Unterhandlungen möglich. Bis dahin aber müsse Frankreich sich begnügen, abzuwarten, bis die Arbeit an der Ruhe wieder aufgenommen werde.

„Wir wollen Deutschland nicht zerstückeln.“

Paris, 2. Oktober. (M.B.) Der Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission, Barthou, hat gestern bei der Eröffnung des Generalrates des Besses Pyrenes eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Wir wollen Deutschland weder erniedrigen, noch ruinieren, noch zerstückeln; sein Schicksal hängt von seinem guten Willen ab. Aber wir wollen, daß es endlich die Folgen auf sich nimmt, welche die Unterzeichnung des Friedensvertrages nach sich zieht, und daß es loyal die Reparationsverpflichtungen erfüllt. In einer entsprechenden Resolution, die ebenfalls Barthou befürwortet hatte, stimmte deshalb der Generalrat einer Beifallskundgebung an Poincaré zu.

Lord d'Albernon bei Curzon.

London, 2. Oktober. (M.) Lord d'Albernon, der englische Gesandte in Berlin, stante gestern dem Foreign Office einen Besuch ab und hatte mit Lord Curzon eine lange Unterredung.

Das spanische Gewaltregiment.

Ein skandalöser Prozeß.

Madrid, 2. Oktober. (Eca.) Der Prozeß gegen die Räder des früheren Ministerpräsidenten Dato hat gestern begonnen. Neben anderen Honoraristen, die der Mittäterschaft bezichtigt sind, werden Pedro Matheu und Luis Nicosau des Nordes angeklagt. Der Prozeß findet in den Gefängnisräumen von Madrid statt. Alle Personen, die daran teilnehmen, Advokaten, Journalisten und selbst die Gefängniswärter werden bei ihrem Eintritt genau durchsucht. Die Advokaten der Angeklagten werden während des Prozesses in Gefängniszellen untergebracht. Der Staatsanwalt beantragte für einen der Hauptangeklagten Todesstrafe, für den anderen lebenslängliches Zuchthaus und für jeden Mittäter je 15 Jahre Zuchthaus.

Steigende Kurse.

Amtlicher Mittelkurs 320 Millionen.

Im amtlichen Devisenverkehr an der Börse machte sich eine ruhigere Beurteilung der innerpolitischen Lage geltend. Nach der amtlichen Erklärung über die Ergebnisse der gestrigen Beratungen des Reichskabinetts und im Hinblick auf die Liquidierung des Küsterner Aufstandes ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Der Dollar hielt sich auf der bereits gestern abend erreichten Höhe von etwa 350 Millionen, englische Pfunde wurden von der amtlichen Notierung mit 1800 Millionen genannt. Es liegen ziemlich erhebliche Kaufaufträge für Rechnung des Produktengroßhandels und der Industrie vor, die offenbar im Zusammenhang stehen mit der Wiederaufnahme eines geregelteren Verkehrs und der gewerblichen Produktion im besetzten Gebiet.

Regierung Helfferich.

Gerüchtemacher und Behördenpäher sind an der Arbeit, um die ohnehin verworrene Lage Deutschlands noch mehr durcheinanderzubringen. Deutschnationale und ihre bisher vereinzelt Helfershelfer in den übrigen bürgerlichen Parteien sind bemüht, die große Koalition zu sprengen, die Sozialdemokratie auszuschließen und eine „rein bürgerliche“ Regierung zu bilden. Die deutschnationale Pressestelle hatte schon vor einigen Tagen diesen Ton angeschlagen, als sie zur Bildung eines Rechtsblocks aufforderte. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Marekly schreibt im deutschnationalen „Tag“ Artikel zur Lage, in der schwerste Vorwürfe gegen die Regierung Stresemann erhoben werden. Zu allem Ueberflus ist dann derselbe deutschnationale „Tag“ in der Lage, aus den vertraulichen Sitzungen der volksparteilichen Reichstagsfraktion allerhand Mitteilungen zu machen, so daß das offiziöse Blatt der Volkspartei darüber aufs höchste enttäuscht ist.

Wenn es den dunklen Treibern gelänge, zum Ziele zu kommen, so wäre nur eine „rein bürgerliche“ Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen möglich, soweit überhaupt noch versucht werden sollte, verfassungsmäßig weiter zu regieren. Eine solche Rechtsregierung aber würde den Stempel Helfferichs tragen. Helfferich würde, auch wenn er nicht gerade Kanzler der deutschen Republik wäre, der tonangebende Mann sein, noch mehr als im Kabinett Cuno, bei dem er schon den einflußreichsten Gast in der Reichskanzlei gespielt hat.

Man wird sich also darüber klar sein müssen, wie eine Regierung Helfferich möglich sein und welche Wirkung sie auslösen kann. Sowohl innen- wie außenpolitisch. Was zunächst das erstere angeht, so besteht wohl kein Zweifel darüber, daß ein solcher Versuch auf nichts anderes hinauslaufen würde, als auf ein Kabinett der Arbeiterfeindschaft schlimmster Art. Was bisher aus den verschiedensten Kanälen über die angebliche Notwendigkeit der Beseitigung des Achtstundentags, über die Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften, über die Einschränkung des Arbeiterschutzes, den Wegfall der Erwerbslosenunterstützung usw. in die Öffentlichkeit gedrungen ist, das fände in einem Kabinett Helfferich sofort eine energische Zusammenfassung. Es ist aber ganz klar, daß jeder Versuch, an die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte die Hand zu legen, auf eine entschlossene Abwehrfront aller Arbeiter stoßen würde. Und daß freie Gewerkschaften wie die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und christliche Arbeiter darin durchaus zusammenstehen würden. Ein Kabinett, das vom Geiste Helfferichs besetzt wäre, würde also auf die bürgerlichen Parteien genau so als Sprengpulver wirken, wie eine Helfferich-Rede es im Reichstage zu tun pflegt.

Was könnte eine solche deutschnational geleitete Regierung aber sonst Gutes schaffen? Zunächst einmal finanziell: Auch sie würde der ungeheuren Zerrüttung der deutschen Finanzwirtschaft mit gebundenen Händen gegenüberstehen und nur unter ungeheurer Anspannung der Steuerfahne die notwendigen Mittel zur Fortführung der Geschäfte und zur Abdeckung der schwebenden Schulden — von Reparationsverpflichtungen ganz zu schweigen — aufbringen können. Möglich, daß sie mit „Ersparnissen“ kommen würde. Aber es ist kein Zweifel, daß diese Ersparnisse lediglich versucht würden auf Kosten des wertvollen Volkes und der allgemeinen Kulturschaffen, deren sich ein großes Land auch in den Zeiten schlimmster Not nicht entschlagen darf, ohne daß die Gesamtheit darunter Schaden litte. Jede Anspannung der Steuerfahne aber, die ernsthaft von den Besitzenden Abgaben fordert, wird gegen die deutschnationale Regierung in gleichem Maße den Zorn aller Steuer-scheuen hervorrufen, wie er gegen die letzten von Helfferich und seinen Mannen mitbeschlossenen Steuern dann von denselben Mannen im ganzen Lande großgezogen worden ist.

Finanzpolitisch und sozialpolitisch würde eine Regierung, die sich auf nur bürgerliche Parteien unter geistiger Führung der Deutschnationalen stützt, eine vollkommene Wendung nach rückwärts bedeuten. Gleichzeitig aber Vermehrung der Not und des Elends in den breiten Volksmassen, Vermehrung des Hasses und der Verzweiflungstimmung! Die Deutschnationalen sehen das auch klar voraus und steuern zielbewußt darauf hin. Ihnen sind Verzweiflungsausbrüche hungernder Volksmassen gerade angenehm, um die Staatsmacht, die sie dann kommandieren, gegen das Proletariat spielen zu lassen. Was ein solcher Versuch bedeuten würde, brauchen wir nicht einmal anzudeuten.

Reiben die außenpolitischen Wirkungen einer Regierung unter dem Diktat der Deutschnationalen. Niemand zweifelt daran, daß die Deutschnationalen seit langem daran sind, in illoyalen Organisationen die „Befreiung“ gegen Frankreich vorzubereiten. Die Gutshöfe der deutschnationalen Agrarier sind nicht umsonst Heimstätten der Kothach-Beute geworden, die in ihren „Arbeitsgemeinschaften“ dort sich auf die Wiederkehr ihres Landsknechtslebens freuen. Nun hat die Regierung Cuno wie Dr. Stresemann die Verpflichtung Deutschlands zu Reparationsleistungen nicht abgeleugnet. Die Deutschnationalen aber sind schroffe Gegner jeder Erfüllungspolitik. Sie wollen den Konflikt mit der Entente, und sie würden — innerhalb der Regierung — wahrscheinlich alles tun, um ihn schleunigst herbeizuführen. Dieser Konflikt würde also baldige Wiederkehr von Krieg und Kriegsschrecken bedeuten. Statt einer Befundung, die naive Gemüter daraus erwarten, würde für das verarmte und ausgefogene Volk noch tieferes Elend heraufbeschworen werden.



Man sagt, daß die Spuren schreien! Die Spuren Heißerichs sind aber im Anblick des deutschen Volkstörpers noch deutlich sichtbar. Seine Finanzpolitik während des Krieges hat uns aufgezwungen, das „Reizgewicht der Milliarden“ — es sind jetzt Billionen und Trillionen — durch die Geschichte zu schleppen. Und die Spuren Ludendorffs, des deutschen Nationalen Bösen, zeigen sich in der Niederlage mit all ihren Folgen. Die bürgerlichen Parteien, die jetzt in der großen Koalition sind, besonders die Deutsche Volkspartei, lassen sich augenscheinlich durch die deutschnationale Agitation und durch die bayerischen Vorgänge ins Bockshorn jagen. Sie müssen sich der Verantwortung, die sie übernehmen, voll bewußt sein. Die Sozialdemokratie kann dem deutschnationalen „Kampf um die Futterkrippe“ gelassen zuschauen. Ihre Stärke liegt nicht allein im Parlament und in der Teilnahme an der Regierung. Die Kräfte, die in ihr wirksam sind, werden zur Geltung kommen, auch wenn Heißerich statt Stresemann der deutschen Politik den Namen gäbe.

### Troßli für den Frieden.

Wie dem Berliner Sowjetorgan „Kakanune“ aus Moskau berichtet wird, hatte der amerikanische Senator King vor seiner Abreise aus Moskau eine Unterredung mit Troßli. Auf die Frage Kings, welche Haltung die russische Sowjetrepublik im Falle des Ausbruchs einer neuen Revolution in Deutschland einnehmen würde, antwortete Troßli:

„Wir wollen vor allen Dingen den Frieden. Wir werden keinen einzigen Soldaten der Roten Armee die russische Grenze überschreiten lassen, wenn wir nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden. Sollten die deutschen Monarchisten siegen, sich mit der Entente verständigen und von dieser den Auftrag zur Intervention gegen Sowjetrußland erhalten, so werden wir selbstverständlich kämpfen. Aber ich glaube nicht an diese Perspektive. Lebensfalls werden wir uns in einen inneren Bürgerkrieg nicht einmischen, denn das wäre nur möglich durch einen Krieg gegen Polen. Einen Krieg wollen wir aber nicht. Wir verhehlen keineswegs unsere Sympathie für die deutsche Arbeiterklasse, wir stehen voll und ganz auf ihrer Seite, wir stehen auf Seiten des deutschen Volkes gegen den Imperialismus, aber wir treten gleichzeitig voll und ganz für den Frieden ein. Die geringe Stärke der Roten Armee, die unter Aufrechterhaltung kleiner Infanteriestrassen in eine Territorialmiliz zur Verteidigung des Landes umgebildet wird, ist die beste Garantie der friedlichen Verteidigungspolitik der russischen Sowjetrepublik. Die Sowjetregierung hat ein Interesse an der Durchführung der von ihr übernommenen Verpflichtungen und der Aufrechterhaltung des Vertrauens der Geschäftswelt. Sie wird alle ernstlichen ausländischen Firmen unterstützen, die in der Industrie Sowjetrußlands dauernde Kapitalanlagen machen wollen. Die „neue Wirtschaftspolitik“ Sowjetrußlands ist eine Lebensnotwendigkeit für die millionenköpfige russische Bauernschaft und soll während einer längeren Periode aufrechterhalten werden.“

So weit der hochoffizielle Bericht, der die Pläne und Absichten des militärischen Leiters Sowjetrußlands klarlegt. Mehnlich einigen bereits gemeldeten Kundgebungen aus den Kreisen der Sowjetregierung spricht sich auch Troßli gegen eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands aus. Besonders wichtig sind seine Hinweise auf die militärische Unfähigkeit Sowjetrußlands, einen Krieg gegen die Westmächte zu führen. Diese Feststellung von autoritativer russischer Seite — die übrigens für jeden Kenner der russischen Verhältnisse nichts Neues enthält — sollte den kommunistischen Revolutionsphantasten und ihren deutschvölkischen Gesinnungsfreunden zu denken geben, die nicht müde werden, dem deutschen Volke das Märchen von den marschierenden Roten Armeen Sowjetrußlands aufzutischen, die angeblich nur auf den Augenblick warten, um Polen zu überrennen und Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien.

Ermerdet wurde der Vorsitzende der russischen Kommission für die Feststellung der tatsächlichen Grenze, Pawlowo, als er im Begriff stand, Finnland zu verlassen.

### Die Düsseldorf Zusammenstöße.

#### Bevorstehende Ausweisung der Düsseldorf Schupo?

Paris, 2. Oktober. (All.) Die Düsseldorf Ereignisse haben hier bedeutendes Aufsehen erregt und für den Augenblick die politischen Fragen in den Hintergrund gestellt. Wie bereits heute früh mitgeteilt, halten die französischen Korrespondenten die Hauptschuld der Schupo für erwiesen, und nach ihrer Auffassung handelt es sich jetzt nur darum, festzustellen, wieweit Berlin die Hand im Spiele hatte. Es wird daher angenommen, daß die grüne Polizei nach den gestrigen Vorfällen bei Abschluß der Untersuchung aus Düsseldorf ausgewiesen werden wird. Am Quai d'Orsay selbst läßt man indessen auffallend große Zurückhaltung und vermeidet jeden Anschein, für die Separatisten Partei ergreifen zu wollen. Die offiziöse Presse („Temps“, „Journal des Débats“) schlägt gleichfalls einen überaus vorsichtigen Ton an, der sich markwürdig von den gestrigen Kommentaren der übrigen Abendblätter unterscheidet.

Paris, 2. Oktober. (Eca.) Die blutigen Zwischenfälle in Düsseldorf werden in der gestrigen Abendpresse lebhaft besprochen. Aus amtlicher Stelle verlautet, daß die Stellungnahme der Regierung hierzu etwa folgende ist: Frankreich hat im Grunde genommen mit der Bewegung der Separatisten nichts zu tun. Es hat weder die Absicht, dieselbe zu ermutigen noch ihr entgegenzuarbeiten. Die Besatzungstruppen haben die Pflicht, die Ordnung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Die deutschen Schupo-Beamten hatten lediglich den Auftrag, die Bevölkerung von den Manifestanten in gemessener Entfernung zu halten. Sie haben aber bei den Manifestationen den Kopf verloren und auf die wechsellösende Leute geschossen. Es war deshalb die Pflicht der Besatzungstruppen, sie anzugreifen und Ordnung zu schaffen. Diese ihre Pflicht haben sie voll und ganz erfüllt.

### Der Ausweisungskrieg geht weiter.

Gelsenkirchen, 2. Oktober. (All.) Heute morgen um 8 Uhr wurde den Bewohnern der Beamtenkolonie Rhein-Eldeparck der zur Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. gehörende Zeche Rhein-Elde von dem französischen Kommandanten mitgeteilt, daß sie sich innerhalb einer Stunde zur Ausweisung bereitzuhalten hätten. Die gesamten Wohnungseinrichtungen mußten unverändert bleiben. Um 9 Uhr erschienen Lastautos, die die betroffenen Männer, Frauen und Kinder unterschiedlos ausluden und unbefannt wohin abtransportierten. Die frei gewordenen Wohnungen wurden von französischen Zechebeamten und Arbeitern bezogen. Wie verlautet, planen die Franzosen Übernahme der Zeche in den Kohlenförderbetrieb.

### Ein Führer der „Rheinfranken“.

Bei den blutigen Zusammenstößen in Düsseldorf spielte auf der Seite der Separatisten wieder ein gewisser Matthes eine führende Rolle. Es ist zweckmäßig, sich mit der „Naturgeschichte“ dieses Franzosenjünglings näher vertraut zu machen.

Der bewußte Matthes heißt in der Sprache seiner Heimatstadt Würzburg mit Vornamen „Pepi“. Des Leibes Ähngung für sich und seine Familie erwarb er bis vor sechs Monaten durch die Leitung eines Reklameinstituts in Frankfurt a. M. und die Redaktion des in allen Kreisen des Frankfurter, Dirmen- und Lebensweltum bekannten Revolverblattes „Die Fackel“. Daneben machte er nach in Spiritismus und verwandten „Wissenschaften“. Er soll es zu erstaunlichen Fertigkeiten darin gebracht haben. Vorher war er Redakteur der „Volkzeitung“ in Achaffenburg. Matthes' Fähigkeiten in der Vereinnahmung seiner selbst von allem was man unter dem Begriff Gewissen versteht, veranlaßte die genannte Zeitung, ihn unter Zahlung einer hohen Abfindungssumme für seine spätere Betätigung freizustellen. Als Erinnerungen an die journalistischen Leistungen in Achaffenburg waren dem Herrn Matthes nach 6 Monate Gefängnis geblieben, weil er in der „Volkzeitung“ dem Oberbürgermeister von Achaffenburg allerlei Unzutreffendes nachgeschlopfte hatte. Diese drohende Gefängnisstrafe löst das Rätsel, warum ein Bayer Rheinländer wurde, und warum dieser Rheinländer glühender Anhänger einer rheinischen Republik ist. Verlassen wir dahinterzukommen. Es ist wirklich kein angenehmer Beschäftigungsfeld als leistungsfähiger williger Schneidermeister aus den Armen sehnsüchtiger Damen der renommiertesten Frankfurter Cafés in die unfreundlichen Räume eines bayerischen Gefängnisses zu geben. Matthes schrieb also in flüger Vorbereitung zur Abwendung dieses Szenenwechsels in seiner

„Fackel“ eine recht schieflende Notiz über die angeblichen Notzuchtstaten der farbigen Söhne französischer Kolonien auf deutsche Frauen. Die „Frankfurter Zeitung“ fiel prompt auf die Sache herein und behauptete, Matthes bekräftige die deutschen Frauen, weil er die absolute Richtigkeit der Urte vollendeter Notzucht bezweifelt hätte. Er hatte nämlich der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein bißl Entgegenkommen dabei sei. Die „Fackel“ hatte sich besonders darüber geärgert, daß französische Blätter die Notiz aus der Fackel abgedruckt und als beachtliche deutsche Zeitungstimme glossiert und registriert hätten. Natürlich hatte Matthes den französischen Zeitungen seine „Fackel“ zugesandt, sonst hätten diese von ihrer Existenz nichts gewußt. Nun war Matthes den Franzosen in dem Frankfurter benachbarten Wiesbaden eine einigermaßen beachtliche Persönlichkeit geworden. Da vom Reichsgericht inzwischen die Revision des Matthes gegen das bewußte Urteil mit den 6 Monaten verworfen worden war, hielt Matthes es für gut, die Redaktion der „Fackel“ nach Wiesbaden zu verlegen. Wiesbaden ist ja immer noch sozusagen deutsch, aber als der Arm der Gerechtigkeit hier nach Matthes greifen wollte, schoben sich die Franzosen zwischen Matthes und den bekannten Arm. Der Rest ergibt sich mehr oder weniger zwangsläufig. Jetzt schreibt Matthes schon im Düsseldorf „Nachrichtenblatt“ der Franzosen, als ob er ein richtiggehender Franzose sei, der die Deutschen Achtung vor Verträgen und Erfüllung auch schwerer Pflichten zu lehren berufen sei.

### Neuregelung des Lohnabzuges.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an treten für den Steuerabzug vom Arbeitslohn grundlegende Veränderungen ein. Bisher wurden die Ermäßigungen für den Familienstand und die Werbungskosten nur monatlich der Geldentwertung und der Lebensentwicklung angepaßt. Die immer schneller fortschreitende Geldentwertung und die damit verbundene häufige Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie das dauernde Wachsen der Werbungskosten haben es erforderlich gemacht, die Ermäßigungen in kürzeren Abständen als bisher der Entwertung anzupassen. Die Verordnung vom 27. September 1923 sieht daher eine automatische Anpassung der Ermäßigungen durch Anschließung an den jeweiligen Lebenshaltungsindex vor. Dabei ist von den in der zweiten Semesterhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen auszugehen. Diese Sätze sind mit einer vom Reichsfinanzminister auf Grund der Ermittlung des Lebenshaltungsindex ermittelten und öffentlich bekanntgegebenen Verhältniszahl zu vervielfachen. Die Regelung findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der nach dem 30. September 1923 fällig geworden und bezahlt worden ist. Die Verhältniszahl ist jeweils bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem Arbeitslohn zugrunde zu legen, der bis zum Ablauf der Kalenderwoche fällig geworden und bezahlt worden ist, für die die Verhältniszahl festgelegt war.

Die Verhältniszahl beträgt für die erste Kalenderwoche des Oktober 6. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 1. bis 6. Oktober einschließlich fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Semesterhälfte mit 6 zu vervielfachen. Bei wöchentlicher Lohnzahlung betragen also die Ermäßigungen:

für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau	je 172 800 mal 6 gleich	1 036 800 M.
für jedes Kind	1 152 000 mal 6 gleich	6 912 000 „
zur Abgeltung der Werbungskosten	1 440 000 mal 6 gleich	8 640 000 „
Unter Anwendung dieser Sätze errechnet sich beispielsweise der Steuerabzug vom Arbeitslohn für einen verheirateten Buchdrucker mit zwei Kindern, der in der Woche vom 23. bis 28. September 850 Millionen Mark verdient, folgendermaßen:		
10 Proz. Abzug		85 000 000 M.
Ermäßigungen:		
Einkommensteuerpflichtigen und seine Ehefrau	2 078 000 M.	
Ermäßigung für zwei Kinder	13 824 000 „	
Werbungskosten	8 640 000 „	
Zusammen		24 537 000 „
Es bleiben also zu zahlen		60 462 400 M.

Das entspricht einer Belastung von 7,1 Proz. Die Verhältniszahl für die spätere Zeit wird als „Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn“ im „Reichsanzeiger“ und in der Tagespresse rechtzeitig bekanntgemacht werden. Außerdem erhält jedes Finanzamt über die Höhe der jeweils geltenden Verhältniszahl Auskunft. Hier kann auch ein Merkblatt nebst Tabelle unentgeltlich abgeholt werden, aus dem sich die Einzelheiten der neuen Regelung ergeben.

### Auf der Gemeindebank.

Von Erna Büsing.

Weiß leuchtet sie in ihrer Farbe, und sie trägt ein Schild in ihrer Lehne eingelassen, auf dem steht „Gemeindebank“. Mit dem gepflegten Rosen und den sorgfältig gezogenen Blumen gibt sie ein angenehmes Ensemble. Sie gehört der Allgemeinheit, und was in der Menge vorgeht, dessen wird sie Zeuge durch den Einzelmenschen.

Wüdenoll kommt ein alter, schwarzberedter Mann zu ihr. In wohlgeformten Sähen erzählt er Log für Log das selbe. Rügen Teile Japans durch Erdbeben von der Welt gerissen, folgenreichere Verhandlungen an grünen Tischen gepflogen werden oder mag irgendwo Militär putzchen, er bleibt eingesponnen in seinem Gedankentriebe. Er kennt nur seine Vergangenheit. Von der aus betrachtet er alle Geschehnisse in der Welt. Unausgefordert plaudert er aus, daß er Hausbesitzer war. Für ein Ei und Butterbrot hat er seine Häuser weggegeben und nun zieht er als Waise bald in diese, bald in jene Wohnung, deren Mieter gerade auf Reisen sind. Selbst wenn er auf der Gemeindebank sitzt, schaut er ängstlich nach der ihm anvertrauten Wohnung. Er hatte sich sein Alter so wohlgeordnet vorgestellt, und nun ist alles anders gekommen. Das kann er nicht verstehen. Er haßt die Zeit nicht, es ist nichts Auffammendes in seinem Wesen. Er beschäftigt sich auch nicht mit den Zeitfragen. Er klagt nur. Selbst wenn eine günstige Wendung in sein Schicksal käme, würde er sie nicht anerkennen, weil er nur klagen will. „Ich war Hausbesitzer“, ist sein Refrain, den er ableiert wie die Spieluhr ihre Walze.

Ein dürftig gekleideter Mann starrt auf jeden Tag der Gemeindebank seinen Besuch ab. Von weither holt er ein Kestchen Essen aus einer Kassenkellerei. Das ist für ihn eine mühsame Beschäftigung. Atembeschwerden bekämpfend, setzt er sich auf die Gemeindebank. Hat er sich ausgerührt, so wird er, wie es die Mode alter, vereinsamter Menschen ist, gesprächig. Leidenschaftlos erzählt er. „Ich wohne bei meiner verheirateten Tochter, ich habe es ja sehr gut, aber die Kinder janken sich immer. Beide geben auf Arbeit und das Geld langt doch nie. Ich hole jeden Tag mein Essen, damit meine Tochter das Mittag etwas streckt. Ich kriege es umsonst. Man will den Kindern doch nicht ganz und gar zur Last fallen.“ Der alte Mann findet sich in dieser Zeit auch nicht zurecht, aber er beschäftigt sich fast gar nicht mit seinem Einzelschicksal. Er sieht sich selbst in den Räten der Masse und die Räte der Masse als Niederlassung in seinem eigenen Erbeben. Er weiß, es sind so viele gute und frische Kräfte in der Menge, sie trägt viel Einordnungsmollen und Opferwilligkeit in sich und zwingt und zwingt es immer noch nicht, sich Lebensformen zu gestalten, die der Allgemeinheit ein menschenwürdiges Dasein geben.

Erschöpfte Kinder setzen sich auch auf die Gemeindebank. Sie lachen und singen nicht, sondern erzählen sachlich und ernst. Wieviel

man jetzt für Stampo kriegt, wo es Kartoffel gibt, wer Konfervenbischen kauft und daß die Sipo gefagt hat, man dürfe die Ziegen nicht mehr an den Baum binden.

Ich sitze auf der Gemeindebank, höre und höre und denke: Hochgebildetes Zeitalter des Kapitalismus, die vollkräftigen Menschen läßt du in Sorge und Arbeit verkommen, kannst du von dem Alter die Not nicht fernhalten, der Jugend die nötige Unbefümmtheit nicht geben, und hältst dich für unerfesslich, weil eine kleine Clique dich zu ihren Raubzügen nötig hat!

### Fürsorge für Geistesranke.

In unserem verarmten Deutschland ist die Zeit nicht mehr ferne, daß selbst die staatlichen Anstalten ihren Betrieb weitgehend einschränken müssen, nachdem die privaten schon vorher ihre Pforten geschlossen haben. Was soll nun aus den armen Kranken, in diesem Falle den Geisteskranken werden?

Einen Teil der Kranken wird man auch fernerhin in Anstalten verwahren müssen, aber die nicht gemeingefährlichen und die einigermaßen gebesserten Fälle werden von den Angehörigen der unerschwinglichen Kosten wegen in die Familie zurückgeholt werden. Für solche Kranke sind schon jetzt in vielen Städten Beratungsstellen errichtet. Hier gibt etwa zweimal in der Woche ein erfahrener Irrenarzt den Angehörigen der Kranken Aufschluß über alle den Kranken betreffende Maßnahmen und läßt auch die aus der Anstalt Entlassenen selbst sich wieder vorstellen. Kranke, die zur Beratungsfürsorge gebracht werden, werden untersucht und die Angehörigen über die Art der Krankheit und die Möglichkeit der Heimbehandlung aufgeklärt. Trinker und Krampfkranke, die Arbeit suchen, Fürsorgezöglinge, geistig abnorme Schulkinder, alle diese der sachgemäßen Fürsorge Bedürftigen finden hier einen klugen Berater und Freund. Natürlich steht der Fürsorgearzt in ständiger Fühlung mit den Irrenanstalten, den Behörden und den Wohlfahrtsvereinen für Trinker und Geistesranke. Zur leichteren Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten ist enges Zusammenarbeiten mit dem Gewerbeamt erwünscht. In Berlin ist auch eine eigene Fürsorgebehörde für solche Kranke angelegt, die dann dem Arzt Mitteilung macht über den Erfolg der Beratung und das fernere Verhalten der Pflegelinge.

Es muß uns traurig stimmen, wenn wir diesen Rückgang auf allen Gebieten der Volkshygiene infolge der Volksverarmung beobachten. Denn diese Beratungen sind eben doch nur als Rettungsmaßnahmen gedacht. Wären sie ein vollwertiger Ersatz der Anstaltsbehandlung, fürwahr wir hätten klüger getan, keine kostbaren Irrenanstalten zu errichten, sondern statt dessen das Geld des Volkes für gesunde Wohnungen zu verwenden! Oder hat vielleicht die Anstaltsbee bereits etwas abgewirkt? Kommen unsere führenden Volkvertreter zur Ueberzeugung, daß die vordringlichste Aufgabe nicht die Heilung des Kranken Volkstiles, sondern die Gesunderhaltung des gesunden ist? Es hätte keinen Zweck, hier mit radikalen Behauptungen um sich zu werfen, aber das eine darf wohl behauptet werden, daß die Wichtigkeit des Familienschutzes, die Bedeutung einer körperlich und moralisch

einwandfreien Wohnweise jetzt mehr als früher erkannt wird. Wer eine gesunde Wohnung mit Garten sein eigen nennt, wer Raum genug hat für die nachgewachsenen Kinder, der steht weniger in der Gefahr zum Trinker und zum Volkseind zu werden. Der Kranke, der aus der Anstalt in die aller Wohnlichkeit hohen sprechende Mietskasernen zurückkehrt, stellt bittere Vergleiche an. Hätten die Architekten und die Gesetzgeber sich mit mehr Liebe der Wohnungen des Volkes statt der Justizpaläste, Zellengefängnisse und Irrenanstalten angenommen, das Geld wäre gewinnbringender angelegt gewesen!

Jüdische Bevölkerung in Amerika und anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten sind das Land mit der größten Anzahl Juden; von allen Städten der Welt beherbergt die meisten Juden New York. Das geht aus einer Aufstellung des statistischen und Informationsbureaus der Jüdischen Sozialen Forschung in New York hervor, nach dessen Erhebungen in der Union 3,6 Millionen Juden leben gegen 3,5 Millionen in Polen und 3,13 Millionen in Rußland. Von den in der Union lebenden Juden wohnen 1 643 000 in der Stadt New York, von deren Bevölkerung sie also nicht weniger als 29 Proz. ausmachen; die nächstgrößten Judenstädte sind Warschau mit 309 000 oder 33½ Proz. seiner Gesamtbevölkerung und Wien mit 300 000 oder 16 Proz. der Gesamtbevölkerung. Interessant zu beobachten ist die Ausbreitung der Juden in Canada; dort gab es im Jahre 1901 nur insgesamt 16 000 Juden, 1911 jedoch bereits 75 000 und 1921 gar 126 000, die sich größtenteils in Montreal, Toronto und Winnipeg konzentrieren. Sie machen nunmehr 1½ Proz. der kanadischen Bevölkerung aus und nur in drei Städten mit über 5000 Einwohnern sind keine Juden vertreten.

Die brutale jüdische Bevölkerung der Welt wird in dem gleichen Bericht auf 15,5 Millionen geschätzt, von denen mehr als zwei Drittel in Europa, rund 25 Proz. in Nord- und Südamerika und 7½ Proz. in Asien, Afrika und Australien leben. In dem Gebiet, das die Ukraine, die Arim, Weißrußland, Belarussland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Oesterreich umfaßt, leben rund 8½ Millionen Juden und machen dort 8,1 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. Im Jahre 1922 wurden in Palästina 84 000 jüdische Einwohner gezählt, was 11 Proz. der Gesamtbevölkerung entspricht. In Syrien, Mesopotamien und Arabien zusammengenommen leben 142 000 Juden, das entspricht 1,5 Proz. der gesamten dortigen Bevölkerung. Auf Indonesien, Zentralasien und Sibirien kommen 350 000 Juden, was noch nicht ½ Proz. der Gesamtbevölkerung entspricht; auf die Länder des fernsten Ostens, China, Japan, Indien usw. (bei einer Gesamtbevölkerung von 714 Millionen), kommen 27 000 Juden. Unter der englischen Flagge leben fast 800 000 Juden, davon 295 000 in Großbritannien und 213 000 in den Dominions. 500 000 unter der französischen Flagge, davon 333 000 in Algerien, Marokko, Tunis und Syrien.

Reichende der schuleitenden Jugend. Theodor Sieber (Stadtköper) und Otto Raubinger (Stadtköper) wurden bei der am Sonntag, den 7. im „Alte“, Falber Str. 91, vormittags 10 Uhr, stattgefundenen Reichende der schuleitenden Jugend mit dem Veranstalter der Verein Sozialistische Arbeiterjugend, Abteilung Eddok.



## Wagengestellung und Spiritusfabrikation.

Schon jetzt laufen bei den Regierungsstellen Beschwerden darüber ein, daß für die Kartoffeltransporte nicht ausreichend Wagen gestellt werden. Das ist einermassen auffallend, da die Ernte der Spätkartoffeln ja erst bevorsteht und der Wagenbedarf für die Kartoffeltransporte noch viel größer wird. Aber die Beschwerden der Landwirte über eine schlechte Gestellung von Wagen zu Kartoffeltransporten mögen gewiß gerechtfertigt sein, wo die Sorge um die Ernährung des Volkes und um eine ausreichende Belieferung der Großstädte außer Zweifel steht. Leider gibt es aber Anhaltspunkte dafür, daß diesmal mit derartigen Protesten etwas ganz anderes erreicht werden soll. Der Verwertungsvorband deutscher Spiritusfabrikanten, an deren Spitze natürlich ein deutschnationaler Mann, Herr Kretsch, steht, hat unter dem 8. September ein vertrauliches Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet, in dem die Landwirte zu Meldungen über schlechte Wagengestellung aufgefordert werden, um auf diese Weise die Erlaubnis zur Spiritusbrennerei in einem ihren Absichten entsprechenden Umfang zu erwirken. Es heißt darin u. a.:

**Kartoffelverarbeitung.** Die Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Beschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien vom 16. April 1923 bestimmt: Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen in der eigenen Brennerei so viel selbstgebaute Kartoffeln verarbeiten, als ihrem Brennrecht bei einem Verbrauch von 18 Zentnern Kartoffeln für den Hektoliter reinen Alkohols entspricht.

Die Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hatten in einer Konferenz Anfang August angedeutet, daß eine Kürzung des Kartoffelverbrauchs um 40 bis 50 Proz. in Anbetracht der schlechten Kartoffelbelieferung der Großstädte und Industriebezirke werde eintreten müssen. In späteren Besprechungen ist aber auf diese Erklärung nicht mehr zurückgekommen worden, vielmehr wurde der Umfang der Zulassung der Verarbeitung von Kartoffeln von dem Ausfall der Kartoffelernte abhängig gemacht. Natürlich wird der Grad, in dem die Verbraucher mit Kartoffeln beliefert werden, für die Entscheidungen des Ernährungsministeriums maßgebend sein. Nun hängt zwar dieser nicht nur von dem Ausfall der Kartoffelernte ab, sondern vornehmlich auch von der Gestellung ausreichender Eisenbahnwagen. Es wurde aber bei der Besprechung bereits vorausgesetzt, daß infolge der Ruhrbefehung ausreichende Beförderungsmittel, insbesondere an gedeckten Wagen nicht verfügbar sein würden.

Damit nicht gegen die Landwirte, insbesondere gegen die Brennereibesitzer, Vorwürfe wegen verzögerter oder unzureichender Belieferung erhoben werden können, wird es nötig sein, die Zahl der bestellten und nicht gestellten Eisenbahnwagen sofort mittels Karte dem Verwertungsvorband deutscher Spiritusfabrikanten mitzuteilen.

Jedenfalls ist bis jetzt eine Abänderung der oben genannten Verordnung nicht ergangen, und es ist zu hoffen, daß auch eine Einschränkung der Kartoffelverarbeitung unterbleibt. (1)

Natürlich wird die Notwendigkeit einer „ausreichenden“ Spiritusfabrikation begründet werden mit dem angeblichen Nutzen, den die Verfütterung der Schlempe für die Milchwirtschaft bringen soll. Bis jetzt haben bekanntlich die Städter trotz der großen Kartoffelernte des letzten Jahres und der immerhin sehr starken Spiritusfabrikation lange Zeit auf Kartoffeln und Milch verzichten müssen.

Das Rundschreiben fordert also die Landwirte auf, die Kartoffelverwertungen möglichst beschleunigt durchzuführen, um bei dem großen Andrang zu den Eisenbahnen und der deshalb „unzureichenden“ Wagengestellung möglichst viel Kartoffeln zur Verbrennung freizubekommen. Daß der ungeheure Schaden, der ohnehin für die Volksernährung bereits durch den Wagenverlust infolge der Ruhrbefehung entstanden ist, dazu zwingen müßte, möglichst viel der zunächst nicht abfuhrbaren Kartoffeln einzumieten und an frostfreien Tagen des Winters den Städten zuzuführen, das geht die Spiritusfabrikanten nichts an. Darum macht man eine Statistik über die Zahl der nicht gestellten Eisenbahnwagen, von der man von vornherein weiß, daß sie den Forderungen der Brenner günstig sein wird, daß also die Städter die angebotenen Kartoffeln nicht erhalten werden.

Da die Kartoffelernte in diesem Jahre längst nicht so gut auszufallen ist wie im Vorjahre, wo trotzdem zeitweilig ein sehr starker Kartoffelmangel eingetreten ist, wird man diesen Bestrebungen der Spiritusfabrikanten besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es geht jedenfalls nicht an, daß von einer geringeren Ernte ebensolche Kartoffeln verbrannt werden wie von einer günstigen Ernte. Von dem Spiritus, der die Taschen der Agrarier füllt, wird das Volk nicht satt. Zudem ist die Landwirtschaft auf die Fütterung mit Schlempe heute längst nicht mehr so angewiesen wie in früheren Jahren, nachdem man durch die Kartoffelproduktion andere Wege zur Verwertung schadhafter Kartoffeln gefunden hat. Wir hoffen, daß der Reichsernährungsminister seine Aufgabe, für die Volksernährung zu sorgen, dahin aufstellt, daß er die Bestrebungen der Vernichtung der Kartoffeln unterstützt.

## Die Kartoffelversorgung.

Da nach den bisher vorliegenden Nachrichten im laufenden Jahre nicht mit einer so günstigen Kartoffelernte wie im Vorjahre gerechnet werden kann und die Notlage vieler Bevölkerungsteile in den Städten und Industriebezirken es zur zwingenden Notwendigkeit macht, zunächst den Speisekartoffelbedarf der Bevölkerung für den Winter zu sichern, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwecks glatter Durchführung der Winterdeckung der Bevölkerung mit Kartoffeln beschlossen, bei dem Reichsverkehrsminister ein vorübergehendes Verbandsverbot für Kartoffeln zu beantragen. In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1923 einschließlich soll der Verkauf von Kartoffeln nach Städtelieferungen, Hoflieferungen, Trocknerreisen und Brennereien mittels Eisenbahn unterbleiben.

## Das endgültige Ergebnis der Goldanleihe.

Das Reichsfinanzministerium teilt nunmehr das endgültige Ergebnis der Goldanleihe mit. Es sind insgesamt 35 Millionen Dollar oder 147 Millionen Goldmark gezeichnet worden. Das bedeutet gegen die beim Vorabdruck genannte Summe von 75 Millionen Goldmark nahezu eine Verdoppelung. Mit Rücksicht auf die bei der Auflegung dieser Anleihe obwaltenden Umstände kann dieses Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Zwischen Hafenkreuzern und Sozialdemokraten kam es in Regensburg bei Wien zu einem Zusammenstoß, wobei ein Gewisse getötet, zwei schwer verletzt wurden.

## Die lächerliche Verfassung.

Der Widerstand einer gewissen Sorte von Jugenterziehern gegen die Republik ist bereits bis zur offenen Verhöhnung gediehen. Zur offenen Verhöhnung widerstandslos in Gegenwart der sogenannten „austrepublikanischen“ Regierungsvorsteher, die anscheinend jeden Streich, der in diesen schweren Tagen gegen die Staatsform geführt wird, schmunzelnd zur Kenntnis nehmen. Man gelangt zu der Annahme, daß die Republik völlig hilflos ist, wenn man liest, was das „B. L.“ heute früh mitteilt:

„Im Röllnischen Gymnasium zu Berlin hat sich bei der letzten Abiturientenprüfung der folgende standesübliche Vorgang ereignet. Herr Studienrat Tomaszky prüft in Staatsbürgerkunde. Er fragt: „Welches sind die Farben der deutschen Republik?“ Antwort: „Schwarzrotgold.“ Frage: „Wie nennt Heine diese Farben?“ Antwort: „Die Hosenfarben.“ Weitere Frage des Studienrats Tomaszky: „Von wann ist die Verfassung der deutschen Republik?“ Antwort: „Vom 9. August 1919.“ Frage: „Welches ist das Vorbild dieser Verfassung?“ Antwort: „Rousseaus contrat social.“ Frage: „Wie nennt Ranke den contrat social?“ Antwort: „Lächerlich.“ Dielem abgetarnten Spiel wohnte als Vertreter der Republik Herr Schulrat Michaelis bei, ohne ein Wort dazu zu bemerken.“

Wir meinen: Was sollte wohl auch Herr Schulrat Michaelis zu sagen haben. Zwei Autoritäten wie Heine und Ranke haben das behauptet, also muß Herr Michaelis sein still sein. Obgleich es ihm sicher in innerster Seele weh tut, die Verfassung und die Farben der Republik so einem Urteil ausgesetzt zu sehen. Und der Herr Studienrat Tomaszky, wie fein er los ausgefaßelt hat; kein Mensch kann ihm was, das sind doch historische Wahrheiten. . . .

Diese Republik, da steht keiner auf während der Prüfung, keiner aus dem Lehrerkollegium, keiner von den jungen Menschen, haut mit der Faust auf den Tisch und riskiert es aus eigenem, tiefe Gesellschaft moralisch zum Teufel zu jagen. Rein, wer würde ihn stützen? Am Ende gar der Herr Minister Brüning? Hilf Himmel, der hätte viel zu tun.

## Der Mordprozess v. Kähne.

### Die erste Vernehmung des Angeklagten.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht begann heute morgen unter lebhaftem Andrang des Publikums die angelegte Verhandlung gegen den Rittergutsbesitzer Karl v. Kähne (Vater), der unter der Anklage steht, den 16jährigen Tischlerlehrling Otto Laase aus Gellnow vorsätzlich, aber ohne Ueberlegung getötet zu haben. Nach Bildung der Geschworenenbank — unter den Geschworenen befinden sich außer einer Frau und zwei ehemaligen Generalen größtenteils Landwirte, Handwerker und Beamte — schritt der Vorsitzende zur Vernehmung des Angeklagten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich an dem Tode des jungen Laase schuldig fühle, erklärte Kähne: Ich habe nichts beangangen, was mit dem Tode des jungen Menschen irgendwie in Zusammenhang steht. Auf die weitere Frage, ob er vielleicht damals, ohne zu wissen, daß Menschen in der Nähe waren, einen Schuß abgegeben hätte, erklärt der Angeklagte weiter, daß er in der ganzen fraglichen Zeit überhaupt nicht geschossen habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Westertamp, ging dann zunächst auf die Konflikte ein, die der Schloßherr von Beyrow schon vorher mehrfach mit anderen Leuten, die er auf seinem Grund und Boden angetroffen hatte, gehabt haben soll. Kähne selbst erzählt, daß er im Jahre 1910 einen Maurer Stoss beim Holzdiebstahl überrascht und auf ihn in der Notwehr geschossen habe, als der Ertrappe mit einem Holzfalk auf ihn eindrang. Dann habe er einmal als junger Offizier einen Soldaten, der ihn bei einer nächtlichen Kontrolle auf Wache beschimpfte, mit dem Säbel über die Hand geschlagen, und schließlich sei aus der jüngsten Zeit der Fall Rietert zu erwähnen, bei dem er ebenfalls von den Gerichten unbedeutend geblieben sei, weil ihn Kähne, sein Verschulden getroffen habe. Der Fall sei aber von anderer Seite gegen ihn ausgebeutet und zum Anlaß genommen worden, die Bevölkerung gegen die Kähnes aufzuheizen. Vorl.: Sie sollen nach weiter einem Arbeiter Körner, den Sie ebenfalls beim Holzdiebstahl faßten, gesagt haben, wenn Sie ihn wieder erschossen, dann würden Sie ihn besser treffen als den Rietert. — Angekl.: Ja wohl, das werde ich wohl gesagt haben; das ist ja auch mein gutes Recht. Vorl.: Sie sind im Jahre 1919 wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung verurteilt worden. Angekl.: Daron trug mein Hund die Schuld, der auf den Mann droffert ist und der in einen Streit eintritt, den ich mit einer beim Holzdiebstahl überraschten Frau hatte. Zum Fall Laase selbst befindet Kähne dann, daß er von dem Verstorbenen den Jungen erst bei Auffindung der Leiche Kenntnis erhalten habe. Daß die Leiche gefunden worden wäre, hätte ihm sein Stallknecht mitgeteilt. — Vorl.: Sie sollen sich aber nicht sofort an den Hundort begeben haben. Angekl.: Doch, aber ich mußte doch erst den Förster holen. Als wir dann an der Leiche standen, die nur noch ein Skelett war, dachte ich erst, es handle sich um einen alten Mann, weil das Skelett keine Zähne mehr hatte. Aber der Förster meinte, daß es die Leiche zu sein. Wahrscheinlich handelte es sich um den jungen Laase. Mein erster Eindruck war, daß der Junge in das Dickicht hineingekrochen war und dort sein Leben geendet hatte, weil die Reste des Gewehrtrüppes ganz unversehrt waren. — Vorl.: Widerspruch die Stellung der Leiche nicht einem Selbstmord? Die Arme und Füße haben doch ganz eigenartig gelegen. — Angekl.: Nein. Ich habe nicht an einem Selbstmord geglaubt. — Vorl.: Sie sollen dann, als Sie den Vater Laases benachrichtigten, von vornherein auf eine ganz eigentümliche Art betont haben, daß unbedingt ein Selbstmord vorliegen müsse. — Angekl.: Das war eben meine Ansicht. Ich habe fest daran geglaubt. Der Vater widersprach mir allerdings und sagte, der Junge wäre immer lebensfroh gewesen und hätte keine Veranlassung gehabt, sich das Leben zu nehmen. — Vorl.: Trotzdem haben Sie aber bei der Meldung an den Amtsvorsteher wieder von einem Selbstmord gesprochen. — Angekl.: Ja wohl. In ein Verbrechen habe ich eben nicht geglaubt. — Der Angeklagte betont dann auf Vorhalt des Vorsitzenden weiter, daß er dem zuständigen Landjägermeister sehr energisch entgegengetreten sei, weil dieser ihm gegenüber einen „billig unangebrachten Ton“ in dieser Angelegenheit angedehnt habe. „Sein Ton, so erklärte er, war nicht der, dessen sich ein alter Unteroffizier einem alten Offizier gegenüber zu bedienen hat. An der Leiche selbst ist es dann am nächsten Tage zwischen mir und dem Landjägermeister auch mit dem Vater zu einem heftigen Streit gekommen, weil sich beide damals aggressiv gegen mich benahmen und mir, besonders der Vater, die Schuld an dem Tod seines Sohnes geben wollte.“

## Neue Beitragsklassen in der Sozialversicherung.

Der 1. Oktober hat infolge der Geldentwertung in der Invaliden- und Unfallversicherung neue Beitragsklassen gebracht. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 29. September („Reichsanzeiger“ vom 1. Oktober) behält zwar für die Lohn- und Gehaltsklassen und die Beitragsmarken die bisherigen Ordnungsziffern 40 bis 50 bei, vergrößert aber in ihnen die Jahresarbeitsverdienste, die Beiträge und den Geldwert der Marken; die Neuregelung der Steigerungsbeträge ist einstweilen vorbehalten. Hiernach gilt die Beitragssklasse 40 für Jahresarbeitsverdienste von mehr als 14,4 bis 18 Milliarden Mark; die Klasse 45 reicht Stundenlöhne von mehr als 25 bis zu 35 Millionen Mark und Monatsgehälter von mehr als 5 bis zu 7 Milliarden Mark. Die Spanne der Jahresarbeitsverdienste beträgt zwischen den Klassen 40 bis 45 rund 6 bis 12 Milliarden Mark. Für Jahresarbeitsverdienste von 14,4 Milliarden Mark und weniger, z. B. bei Jugendlichen, Hausgehilfen und anderen Versicherten, bleibt nur die bisherige Lohn- und Gehalts-

klasse 36 offen aber mit dem Zehnfachen des Geldwerts der Beitragsmarke 36. Für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober können nur die aufgemerzten Beitragsmarken verkauft werden; säumigen Beitragszahlern wird der Gewinn aus der Geldentwertung zugunsten der Versicherungsträger entzogen. Wer Renten aus eigenem Rechte bezieht, erhält ab 1. Oktober die Rentenzulage von 100 Millionen Mark, Witwen und Waisen eine solche von 60 und 30 Millionen Mark.

## Es gibt nicht genug Briefmarken.

Ganz unzulässige Zustände haben sich in den letzten Tagen für die Briefmarken verbrauchende Bevölkerung ergeben. Die Reichspostverwaltung ist einfach nicht mehr imstande, genügend Briefmarken heranzuschaffen. Eine Firma, die heute in einem Postamt für 250 Millionen Mark Briefmarken haben wollte, erhielt schließlich, nachdem der Post zwei Stunden angestanden hatte, für 16 Millionen Mark, also einen vollkommen ungenügenden Betrag.

Das Reichspostministerium hat bereits vor einiger Zeit zu dieser selben Kalamität in einer längeren Judikialentscheidung Stellung genommen, in der es heißt: Der im August sprunghaft eingetretenen Geldentwertung mußte eine alsbaldige Erhöhung der Postgebühren Rechnung tragen. Zwei Wege boten sich dar: die Gebührenerhöhungen hinauszuschieben, bis die erforderlichen Marken hergestellt und den Postanstalten geliefert waren, oder sie vorzunehmen, nachdem der erste Markenbedarf gedeckt war und die aus der unzureichenden Markenbelieferung entstehenden Uebelstände in den Kauf zu nehmen. Die Entscheidung wurde durch den Umstand erschwert, daß die vorhandenen höchstwertigen Marken bei der plötzlichen Geldentwertung zur Finanzierung von Briefsendungen kaum noch in Betracht kamen, also alle Postanstalten mit neuen Marken beliebert werden mußten. Wenn trotzdem der zweite Weg gewählt wurde, so lag an dem die finanzielle Not des Reichs, das auf die erhöhten Einnahmen aus den Postgebühren nicht verzichten konnte. Um die Schwierigkeiten zu mildern, wurde u. a. zur Anwendung des Barfreimachungsverfahrens geschritten. Daß dieses Auslieferungsmittel andersgeartete Uebelstände mit sich brachte, mußte nach Lage der Sache in Kauf genommen werden. Die Postverwaltung leidet unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer. Sie legt alle Kräfte ein, um wieder eine normale Markenverteilung der Postanstalten zu erreichen und hat die Reichsdruckerei veranlaßt, mit allen verfügbaren Mitteln dahin zu streben, die erforderlichen Markenmengen herzustellen. Der jetzige Mangel dürfte voraussichtlich in naher Zeit behoben sein, wenn sich keine technischen Uebelstände ergeben. Bis dahin muß er, so lästig und mißfällig es ist, als ein unter der Not der Zeit nicht zu vermeidendes Uebel ertragen werden. Der Mangel an hochwertigen Einkommensteuermarken, Wechselsteuermarken, Rückvergütungsmarken für die Presse usw. beruht auf ähnlichen Gründen.

Diese Erklärung ist, wie gesagt, bereits vor einiger Zeit erfolgt, ohne daß die Postverwaltung, daß der „Mangel“ in naher Zeit behoben sein wird, eingetroffen ist. Da wir nunmehr uns zweifellos in der von der Reichspostverwaltung gemeinten „nahen Zeit“ befinden, so scheint es wirklich hohe Zeit zu sein, daß die Post in ihrem eigenen Interesse sofort für Abhilfe sorgt.

## Straßenräubereien.

In den letzten Tagen sind wieder an verschiedenen Stellen Berlins Straßenräuber aufgetreten. Der 26 Jahre alte Postbote Georg Bod aus der Bessingstraße 7 zu Wilmersdorf wurde Montag abend, als er sich mit seinem Fahrrad auf der Heimfahrt befand, an der Ecke der Kant- und Bessingstraße zu Wilmersdorf von drei unbekannten Burken überfallen. Sie brachten ihn zu Fall und versuchten, ihm das Rad zu entreißen. Der junge Mann wehrte sich jedoch aus Selbstverteidigung und wurde laut um Hilfe. Dadurch wurden Postboten und ein Polizeibeamter aufmerksam, und als sich diese näherten, zogen es die Räuber vor, ohne Beute die Flucht zu ergreifen; sie entkamen auch in der Dunkelheit. Der Uebelthäter ist von den Verbrechern überliefert worden, so daß er nach dem Augustus-Viktoria-Krankenhaus gebracht werden mußte. Es sind ihm verschiedene Zähne eingeschlagen außerdem hat er klaffende Kopfverwunden.

Zwischen Hohenschönhausen und Wehensee wurde gleichfalls am Montagabend gegen 10½ Uhr der Großschädelrattmeister Hermann, der sich auf der Heimfahrt befand, von mehreren Männern überfallen. Hermann legte sich zur Wehr, griff in seine Tasche und hielt die Räuber mit seiner Pistole in Schach; sie hielten es unter diesen Umständen für geraten, von dem Manne abzusehen und verschwanden. Diefelbe Räuberbande hielt dann kurz darauf das Hauptverbrechen des Händlers Wilhelm Schulze aus Oberschöneweide an und raubte ihm eine Kiste Schmalz der Firma Harzensohn u. Co. im Werte von 2½ Millionen Mark. Mit der Beute entkam die Bande unerkannt.

## Neue Wucherermeldestellen mit Hilfspolizeibeamten.

Um die Wucherbekämpfung auf breiterer Grundlage als bisher durchzuführen, haben sich die verschiedenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen bereit erklärt, Beschwerdestellen einzurichten, welche Anzeigen wegen Preiswucher und sonstige Vergehen gegen die notwirtschaftlichen Bestimmungen ebenso wie die polizeilichen Dienststellen entgegenzunehmen, prüfen und an die Abteilung W. weiterleiten. Zu diesem Zwecke hat der Polizeipräsident je einen Vertreter dieser Organisationen zu Hilfspolizeibeamten ernannt. Außerdem werden diese Beschwerdestellen zum Teil auch noch von Beamten der Abteilung W. selbst besetzt sein. Es ist dringend zu wünschen, daß sie von weiten Kreisen der Bevölkerung benutzt werden, um die Arbeit der Wucherpolizei zu unterstützen. Diese Stellen sollten die Verbraucher herüber aufklären, in welchen Fällen tatsächlich Wucher vorliegt. Verbraucher, die sich beim Einkauf überreden lassen, sehen heute vielfach von einer Anzeige ab, da sie nicht sicher sind, ob es sich bei dem vorliegenden Fall wirklich um eine unzulässige Preisbefreiung handelt. Die neu geschaffenen Meldestellen werden mit Vertrauensleuten der werktätigen Bevölkerung besetzt und scheinen in besonderer Maße geeignet, die Wucherbekämpfung des Polizeipräsidenten wirksam im Kampf gegen wirtschaftliche Uebelstände jeder Art zu unterstützen.

**Markenpreis Brot:** 24 Millionen Mark. Wie der Zweckerband der Groß-Berliner Bäckermeister mitteilt, kostet ab Mittwoch, den 3. Oktober, das markenpreis Brot 24 Millionen Mark, die markenpreis Schrippe 1 Million Mark. Die anderen Gebäcksorten werden dementsprechend erhöht.

**Ein Sieg Carpentiers.** Der französische Boxer Carpentier hat gestern über den englischen Boxer Joe Bedett einen Sieg davongetragen, der infolge seiner Schnelligkeit in der Boxkunst einen Beispiel darstellt. Carpentier ist es gelungen, seinen Gegner bereits in der ersten Runde nach 20 Sekunden „knock out“ zu schlagen.

## Weiter für morgen.

**Berlin und Umgegend.** Kübler, veränderlich, aber überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenläufen, bei zeitweise aufdringenden mäßigen bis nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Mittwoch, den 3. Oktober:

6. Kreis, Prenzlauer Berg, 7½ Uhr, in Mohr's Schloss, Richter 20: Verlesung aller Mieter und Mieterinnen. Vortrag des Genossen Obermayer (B. D. R.) über: „Wohnungsfragen“. Wohlhabendheit kritisiert.  
14. Ust. Landwehr, 7½ Uhr: Pflanzenerziehung bei Schulj. Kurfürstent. 17. G. gleichen anberodigt erforderlich.



